

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

26 (31.1.1923) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 5

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen.

Nr. 5

Wozug: Erscheint jeden Mittwoch und kann auch ohne die Karlsruher Zeitung einzeln für 20 Mark für jede Ausgabe, monatlich für 60 Mark zuzüglich Porto, zum Verlage
Karlsruhe 1. S., Karlsriedstraße 14, oder von allen Bohmanhalten bezogen werden.

31. Jan. 1923

Das Ruhrgebiet — ein Ruhrmesblatt für die deutschen Beamten.

Ein badischer Beamter schreibt uns: Nicht gern mache ich die in der Überschrift gezeichnete Feststellung, aber sie ist notwendig! Zu Duzenden, man kann bald sagen zu Hunderten, werden deutsche Beamte von den machtlusternen Franzosen ausgewiesen. Es wird gar nicht mehr lange dauern und die meisten der im Ruhrgebiet an der Spitze der Verwaltung, der Finanzen, der Forsten, der Eisenbahnen usw. stehenden Beamten sind aus dem größten Industriegebiet Deutschlands entfernt. Die Zeitungsnachrichten übersetzen sich in den Meldungen über die große Zahl der ausgewiesenen Beamten. Und liest man die Pariser Presse, so erfährt man, daß man dort noch gar nicht an ein Ende denkt. Besorgt fragen sich weitere tausend deutscher Beamten: Werde ich auch noch daran kommen? Kommen sie „daran“, dann werden sie ebenso standhaft, heldenmütig und abwehrmütig ihr „Mängel schnüren“ und ins unbesetzte Gebiet abwandern.

Das ist ganz selbstverständlich, ist Beamtenpflicht, ist Pflicht eines jeden Deutschen in der gegenwärtigen schweren Prüfungszeit. Und was heute dem Beamten passiert, ist morgen für den Angestellten, für den Funktionär irgend einer Körperschaft, sogar auch für den Arbeiter unabwendbares politisches Schicksal. Deutschlands Existenz steht auf dem Spiel und da haben die Privatinteressen einzelner zu schweigen.

Über die heillosen Bemerkung muß doch wohl gestillt sein, daß das Los des ausgewiesenen Beamten kein leicht ertragbares ist. Da! sagte die öffentliche Meinung (und gar viele andere Staatsbürger sprechen es mit), der ist Beamter, den bringt die Regierung wieder unter! Wichtig, gewiß, aber wo und wie wird er untergebracht? Wir leben in der Zeit der allgemeinen Wohnungsnot auch in kleineren Städten; wir leiden nicht an einem Beamtenmangel in Deutschland, sondern am Beamtenüberfluß. Alle Welt schreit nach Verringerung der Beamtenschaft, im Reich und in den Ländern. Und da soll die Regierung Tausende von Beamten im unbesetzten Gebiet unterbringen, ihnen Amtsstellen und auch Wohnung verschaffen! Das ist wirklich nicht so einfach, wie es sich die breite Öffentlichkeit vorstellt.

Den Beamten folgen ihre Familien. Mit ausgeklügelter französischer Bosheit erfolgt deren Ausweisung auf den Füßen. Man gibt ihnen noch 4, höchstens 8 Tage Zeit, und dann haben sie das besetzte Gebiet, in welchem sie Verwandte und sonstige Angehörige haben, wofür sie oft aufgewachsen sind und die Jugendzeit verlebt haben, verlassen. Das ist hart! Und wird noch erschwert, wenn in der Familie Krankheitsfälle oder sonstiges Unglück vorliegt, das ihnen die Abwanderung in der kurzen Zeit oft geradezu unmöglich macht.

So darf denn den Beamten des Ruhrgebiets allgemeine Sympathie und Anerkennung in der schwierigen Situation, in der sie sich zurzeit befinden, nicht versagt werden. Ihre Kollegen im unbesetzten Gebiet nehmen gern jede finanzielle Belastung auf sich, um den schweren Kampf, der jetzt an der Ruhr gekämpft wird, zu einem guten Ende zu führen. Mag man gar häufig die Sonde der Kritik an uns Beamte legen, uns Bedanten, Bürokraten und noch viel Härteres schimpfen, wenn es sich um Sein oder Nichtsein Deutschlands handelt, soll uns kein anderer Stand übertreffen.

Das ist die Lehre der derzeitigen Vorgänge im Ruhrgebiet. Wenn wir schon heute auf sie aufmerksam machen, möchten wir sie leblich vor dem Schicksal des Vergeßenseins bewahrt sehen.

Wie stehen für uns alle an der Front!

So lautet es treffend in dem Aufruf der Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes an die Fach- und Landesverbände, an die Provinz- und Landespartei sowie an die Ortspartei des Deutschen Beamtenbundes. Ja, sie stehen für uns alle an der Front, die deutschen Brüder und Schwestern in dem vom Feind überfallenen Ruhrgebiet. An uns allen ist es, in deutscher Treue zu ihnen zu stehen, ihre Leiden und Lasten mitzutragen, sie in ihrer Entschlossenheit zu stärken, mutig auszuhalten bis die feindliche Gewaltpolitik aufhört und ihnen und uns die Stunde der Erlösung und der Freiheit schlägt.

In diesen Stunden, da die Meldungen über die Eingriffe der Besatzungsbehörden in den Dienstbetrieb und über Beamtenausweisungen sich zeigen, wird besonders erkennbar, welche hohe Anforderungen gerade jetzt an die Pflichttreue und Standhaftigkeit der Beamten gestellt werden. Würdiger und entschlossener Widerstand ist es, auf den der Feind im Lande der Kohle und des Eisens stößt.

„Mit Bajonetten kann man keine Kohle fördern“, so rief ein deutscher Arbeiterführer den Franzosen entgegen. Bajonette sind aber auch untaugliche Instrumente, um staatkundliche Betriebe in Gang zu halten, allerdings eher geeignet, eine für die Franzosen selber heillose Verwirrung anzurichten. Mit Genugtuung vernimmt man es, daß die gesamte Beamtenschaft im Westen sich einmütig hinter die Regierung gestellt hat, daß sie — wie es in einem gemeinsamen Schreiben aller in Betracht kommenden Organisationen an den französischen General Denbigne in Düsseldorf heißt — entschlossen ist „einzig und allein der für sie zuständigen deutschen Regierung, welcher sie durch Beamteneid verpflichtet ist, Dienst zu leisten“. Hier zeigt sich auch wieder einmal, welche Bedeutung die Beamtenschaft in erster Stunde für das Volksganze hat.

Die „Ingenieurreise“ nach dem Ruhrgebiet hat rasch ein anderes Gesicht angenommen. Während bald der ganze Troß einer französischen Armee mit Tanks, Maschinengewehren usw. in Bewegung gesetzt wurde, um Kohle zu erobern, führte die

Ingenieurkommission im Hotel Kaiserhof in Essen ein beschauliches Dasein. In drei Staffeln, durch das Ruhrgebiet, in der Richtung auf Bochum vorstehend und am Dortmund-Erne-Ranal entlang marschierend, so wälzte sich an Stelle der Ingenieur-Mission französische Militärgewalt, Katastrophensituation um sich her verbreitend, in die deutschen Lande ins Besatzungsgebiet hinein. Was sich daran angeschlossen, die Verhaftung von Bank- und Reichsdirektoren, die französischen Bajonette in Banken- und Eisenbahndienststräumen, Besetzung staatlicher Behörden, Anforderung von Betzungen für 2½ Milliarden für die belgischen Besatzungstruppen, Beschlagnahme von Kohlenkäufen auf dem Rhein, sind Dinge, die nur zu grell noch in unserer Erinnerung aufwachten und an Fluspiraten und Bankräubern erinnern.

Unter solchen Entwicklungen, die, wie es neulich richtig hieß, auf Viegen oder Brechen sich zuspitzen, bedarf es kaum noch besonderer Ausführungen, gerade auch bei uns in Baden, die wir an der Reichsgrenze zu Hütern und Wächtern des Deutschlandes berufen sind, die Flamme der Opferfreude anzufachen zur Unterstützung derer, die schwere Not und Bedrängnis um des Vaterlandes willen erdulden.

Man kann, wie es in Koblenz von Seiten der Interalliierten Rheinlandkommission am letzten Donnerstag geschah, die Aufführung von Schillers „Wilhelm Tell“ verbieten, nicht aus der Welt schaffen wird man aber die Worte unseres Dichters: „... Doch eine Grenze hat Tyrannenmacht!“ ... Der Güter höchstes dürfen wir verteidigen gegen Gewalt!

Zweite Erhöhung der Teuerungszulagen ab 1. Januar 1923.

Die Teuerungszulagen wurden mit Wirkung vom 17. Januar d. J. von 389 v. S. auf 489 v. S., die Frauenzulage von monatlich 5000 M. auf 7000 M. erhöht. Der örtliche Sonderzuschlag für Karlsruhe beträgt von dem genannten Zeitpunkt an 44 v. S. (bisher 36 v. S.).

Hinein in die politischen Parteien!

Die Abhandlung in der letzten Nummer des Zentralanzeigers „Der Beamte und die Parteien“ von A. Weismann enthält u. a. die Forderung an die Beamten: Hinein in die Parteien! Am Schluß spricht der Verfasser aus, besonders die Gegenwart verlange auch von dem letzten Beamten politische Klarheit und es sei deshalb kein überflüssiges

ginnen, auch in den Beamten-Fachorganen — woran es bisher sehr fehle — über diese Angelegenheit zu sprechen.

Die hierbei verlaufende Anschauung trifft, wenigstens in ihrer Allgemeinheit, in dem Punkte, nicht ganz zu, als es in der Beamtenschaft das Thema: Beteiligung des Beamten in den politischen Parteien nicht da und dort schon wiederholt zur Förderung gestanden hätte.

In diesem Belange kann der Schreiber dieser Zeilen z. B. auf eine ganze Reihe von Veröffentlichungen der in Frage kommenden Art in der Zeitschrift des Bundes Deutscher Reichssteuerbeamten verweisen und zwar lautet gerade der erste, in der Nummer 8 (August 1921 Seite 257) veröffentlichte Aufsatz: Hinein in die politischen Parteien! Und es ist über war erfreulich zu konstatieren, daß jene Abhandlung Ausgangspunkt einer Reihe beachtlicher Äußerungen geworden ist (vgl. die Verlautbarungen in der genannten Zeitung Jahrgang 1921 Nr. 10 Seite 327/8 und Seite 330/31, Nr. 12 Seite 391/2, Jahrgang 1922 Nr. 2 Seite 14/16). Von dem Inhalt der angeführten Pressediskussionen ist namentlich hervorzuheben, daß der in einem Artikel vertretene Gedanke zur Bildung einer Beamtenschaft ein größeres Heer von Gegnern auf den Plan gerufen hat, als sein Verfasser ahnte. U. a. wurde bei Gelegenheit jener Aussprache eingehend dargelegt, daß die Beamten sich politisch betätigen und die Parteien beeinflussen sollen. Dies lasse sich praktisch dadurch erreichen, daß die Beamten restlos entsprechend ihrer politischen Überzeugung in die Ortsvereine der politischen Parteien eintreten, hier aber nicht sich lediglich auf die Vertretung von Beamteninteressen beschränken, sondern bei ihrer Mitarbeit immer auch das Wohl des Ganzen berücksichtigen sollen.

Wenn in neuerer Zeit die Intensität, mit der die Beamtenschaft in ihren Fachorganen zur Frage der Mitwirkung am politischen Leben Stellung genommen hat und die Beteiligung derselben selbst an der Arbeit der politischen Parteien nachgelassen hat, so geschah es unter dem allgemeinen Druck der heutigen Verelendung und Zermürbung unseres Volkes, der leider die Beamtenschaft in verstärktem Maße gegenüber anderen Berufsklassen ausgeht ist. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß es allerdings auch heute noch Dienstvorgesetzte gibt, denen die Betätigung der Beamtenschaft am politischen Leben als ein Sakrileg erscheint und die diesen ihren Untergebenen, wenn sie es auch unmittelbar zu hindern nicht in der Lage sind, eben auf andere Weise zu verleiern versuchen.

Löhne und Gehälter im Dezember 1922.

Von Dr. Ehrler in Freiburg i. Br.

In der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ (2. Dezemberheft 1922) wird eine kurze Darstellung über die Löhne der Reichsbediensteten im November/Dezember 1922 veröffentlicht, welche Beachtung in weiteren Bevölkerungskreisen verdient, weil sie die zunehmende Verelendung der Beamtenschaft zahlenmäßig nachweist. Die durchschnittlichen Monatslöhne der über 24jährigen Reichsbediensteten in Ortsklasse A gestalteten sich wie folgt:

Zeitpunkt	Arbeitergruppe und Familienstand					
	Gelernte Arbeiter Zulagegruppe III		Ungelernte Arbeiter Zulagegruppe V		Ungelernte Arbeiter Zulagegruppe VII	
	ledig	verh.	ledig	verh.	ledig	verh.
a. Monatslöhne in Mark (ohne Steuerabzug)						
Ende 1913	150	136	103			
Januar 1921	1186	1269	1123	1206	1082	1165
Januar 1922	1924	2257	1820	2153	1758	2090
Dezember 1922	48464	59904	46384	57824	45448	56388
b. Mehzziffern (Ende 1913 = 1)						
Januar 1921	8	8	8	9	11	11
1922	13	15	13	16	17	20
Dezember 1922	323	399	341	425	441	552

Bei den verheirateten Arbeitern sind die sozialen Zulagen für die Ehefrau und 2 Kinder bis zu 14 Jahren eingerechnet. Vergleichlich mit der Vorkriegszeit beträgt nach vorstehender Übersicht das Dezemberereinkommen des verheirateten

ungelernten Eisenbahnarbeiters das 552fache ungelerneten „ „ „ 425 „ „ „ 399 „ „ „ des Friedenseinkommens.

Die Gehälter der Reichsbeamten weisen in den drei typischen Besoldungsgruppen III, VII und XI folgende Entwicklung auf:

Zeitpunkt	Durchschnittliche Monatsgehälter in Ortsklasse A:					
	Besoldungsgruppe und Familienstand					
	Höh. Beamte (Gruppe XI)		Mittl. Beamte (Gruppe VIII)		Unt. Beamte (Gruppe III)	
	ledig	verh.	ledig	verh.	ledig	verh.
a. Monatsgehälter in Mark (ohne Steuerabzug)						
1913	608	608	367	367	165	165
Januar 1921	2352	2602	1771	2021	1240	1490
Januar 1922	4587	5067	3007	3487	1972	2452
Dezember 1922	119837	138487	85295	103945	52116	70766
b. Mehzziffern (1913 = 1)						
1913	1	1	1	1	1	1
Januar 1921	4	4	5	6	8	9
Januar 1922	8	8	8	10	12	15
Dezember 1922	197	228	232	283	316	429

Wie bei den verheirateten Arbeitern sind auch bei den verheirateten Beamten die sozialen Zulagen für die Ehefrau und 2 Kinder von 6-14 Jahren in den Gehältern eingerechnet. Nach der Dezemberregelung stellt sich das Gesamteinkommen des verheirateten

	ohne Steuerabzug	mit Steuerabzug
unteren Beamten auf das 429fache	das 378fache	
mittleren „ „ „ 283 „ „	„ 241 „ „	
höheren „ „ „ 228 „ „	„ 187 „ „	

des Friedenseinkommens. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts sind im Monat Dezember die Gesamtkosten der Lebenshaltung im Vergleich zu den Friedensausgaben auf das 685fache gestiegen; verschiedene wichtige Lebens-, insbesondere Kulturbedürfnisse sind hierbei aber nicht berücksichtigt. Es sind darnach vor allem die Einkommen der gelernten Arbeiter sowie der mittleren und höheren Beamtengruppen immer mehr herabgedrückt worden. Es bezog (in Ortsklasse A nach Abzug der Steuern)

	Ende 1913	Ende 1922
der gelernte Arbeiter das 1,45fache	das 1,06fache	
der untere Beamte das 1,59fache	das 1,22fache	
der mittlere Beamte das 3,48fache	das 1,70fache	
der höhere Beamte das 5,70fache	das 2,16fache	

des Einkommens des ungelerten Arbeiters.

Zu dem gleichen Ergebnis gelangt eine Untersuchung des Direktors des Statistischen Landesamts, Prof. Dr. Stölin in Hamburg, über „den Wert der Gehälter und Löhne in Hamburg in den letzten drei Jahren im Vergleich zum Jahre 1914“, welche in Nr. 13 der Statistik-Mitteilungen über den Hamburger Staat vor einiger Zeit veröffentlicht wurde. In Hand eines sorgfältig zusammengetragenen, reichhaltigen statistischen Materials wird in der Schrift dargelegt, daß die tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter (Nominalwerte) kein richtiges Bild von dem wirklichen Wert des Lohnes geben. Dieser wird vielmehr erst klar ersichtlich, wenn die Nominalwerte in Beziehung gesetzt werden zu den Preisen der wichtigsten Lebensmittel. Aus diesem Verhältnis der Löhne und Gehälter zu den Preisen ergibt sich der Realwert der Löhne und Gehälter; in ihm drückt sich die Kaufkraft der Löhne aus. Für die Beurteilung einer Entlohnung ist also die Entwicklung der Reallohne letzten Endes ausschlaggebend.

In der Schrift wird ferner der Nachweis erbracht, daß die Gehalts- und Lohnrückstellungen um so größer sind, je weniger qualifiziert die Arbeit ist. Während ein Teil der Handarbeiter, und zwar insbesondere die ungelerten, rein körperliche Arbeit leistenden, ihre Bezüge im großen ganzen den gestiegenen Lebenskosten einigermaßen anpassen konnten, zu einem kleinen Teil sogar einen höheren Reallohn bezogen als im Frieden, ist der Realwert der Gehälter der geistig tätigen Beamten, sowie der Lohn einer Anzahl gelernter Arbeiterberufe in zunehmendem Maße hinter der Preissteigerung des notwendigen Lebensbedürfnisse zurückgeblieben.

Bei den Beamten ist eine fortgeschrittene Verschlechterung ihrer Lebenslage festzustellen. Das Durchschnittsgehalt des höheren Beamten, das im Frieden 9769 M. im Jahr betrug, ist seinem Realwert nach (einschließlich der Kinderzulagen) bis Mitte August 1922 auf fast den dritten Teil gesunken; es betrug nur noch 3704 oder 38,8 Proz. des Friedenswertes. Das Durchschnittsgehalt des mittleren Beamten (im Frieden 3959 M.) hatte im August 1922 mit 2478 M. nicht mehr ganz zwei Drittel seines Wertes (62,1 Proz.), während sich der Realwert des Gehalts der unteren Beamten von 2451 auf 1957 M. oder um ein Fünftel vermindert hat.

Die größte Kaufkraft hatte das Gehalt des Beamten am 1. Oktober 1913, an dem der Realwert des Gehalts der Hö-

zen Beamten 60,3 Proz., der mittleren Beamten 54,7 Proz. und der unteren Beamten 101,4 Proz. des Friedenswerts betrug. Von da an zeigt sich ein dauerndes Herabsinken der Realbezüge, das nur ganz vorübergehend durch Teuerungsgun. lagen ein wenig aufgehoben wurde.

In ähnlicher Weise entwickelten sich die Löhne der gelehrten Arbeiter. Mitte August 1922 war bei fast allen gelehrten Berufen der Lohn durch die Teuerung überholt — am größten war der Unterschied bei den Buchdruckern, wo der Reallohn nur 63,2 Proz. des Friedensstandes erreichte — während sich die Reallohn der ungelerten Arbeiter entsprechend der starken Erhöhung der Nominalbezüge durchgängig über dem Friedenswert, zum Teil sogar wesentlich darüber hielten. Aber dem Friedenswert standen Mitte August beispielsweise die Reallohn der Tiefbau- (138,0 Proz.), Expeditions- (110,6 Proz.) und Speichelarbeiter (109,6 Proz.), der Schiffsteiniger (109,7 Proz.) und Schauerleute (102,4 Proz.).

Den Schluß der gediegenen Arbeit bilden folgende beachtenswerte Ausführungen: „Der nach dem Kriege durchgeführte außerordentlich weitgehende Rückgang der Gehälter und Löhne für geistige Vorbildung erfordernde Arbeit gegenüber körperlicher Arbeit schließt die Gefahr in sich, daß künftig nur noch Kinder wohlhabender Eltern eine gründliche Vorbildung für den Beruf erhalten können und daß nur noch die Kinder aus reichem Hause werden studieren können, weil einmal die Mittel des sogenannten Mittelstandes durch die Ausgaben für den notwendigen Lebensunterhalt vollständig aufgebraucht werden, so daß für derartige Ausbildungszwecke nichts mehr übrig bleibt, und weil außerdem die Entlohnung

im späteren Beruf den aufzuwendenden Kosten, vor allem der höheren Beamten, nicht mehr entspricht, so daß die Verantwortung nicht mehr übernommen werden kann, zum Zwecke der Ausbildung fremde Gelder anzunehmen. Man kann wohl sagen, daß die vorwiegend oder ausschließlich geistigen Berufe durch die besonderen Kosten der Ausbildung finanziell so schwer belastet sind, daß auch nur annähernd ein Ausgleich durch die Befolgung nicht mehr gegeben ist. Es wird deshalb der Nachwuchs für die gelehrten, namentlich die akademischen Berufe im allgemeinen nur noch aus einem Teil des Volkes hervorgehen, der keineswegs allein und immer geeignet ist, die geistigen Führer im Erwerbs- und öffentlichen Leben zu stellen. Zugleich werden die übrigen Schichten der Bevölkerung von diesen Berufen ausgeschaltet sein. Die Kreise, in denen die geistige Arbeit bisher überföhrt war und aus denen zum Teil aus diesem Grunde viele für die Allgemeinheit wertvolle Kräfte hervorgegangen sind, gehen diesen Berufen verloren, und den übrigen Kreisen (Kleinvererber, Handwerker, Arbeiter), in denen selbstverständlich geeignete Kräfte für geistige Arbeit vorhanden sind, wird die Erwerbung dieses für die Gesamtheit besonders wichtigen Gebiets des Berufslebens unmöglich gemacht.“

Härten der gegenwärtigen Befolungsordnung für verwitwete Beamte.

Seit April v. J. ist, um der ungünstigen Lage der Beamten nach einer bestimmten Richtung etwas mehr gerecht zu werden, die Frauenaufschlag eingeführt worden. Es wird

aber nur den verheirateten Beamten und daneben jenen Witwen gewährt, die noch unterhaltsberechtigende Kinder haben. Sofern also ein Witwer noch eine Tochter im Alter bis zu 21 Jahren hat, beispielsweise von 20 Jahren, so bekommt er die Frauenaufschlag gegenwärtig mit 5000 M. und die Tochter die Kinderzulage mit 3000 M. + 14070 M., während in dem Augenblick, in dem die Tochter das 21. Lebensjahr vollendet und die Voraussetzungen für die Gewährung von Kinderzulage wegfallen, der Bezug der oben auseinandergesetzten 5000 + 3000 + 14070 M. aufhört, ohne daß sich in den Familienverhältnissen etwas geändert hat. Besonders hart und für manchen nicht recht verständlich wirkt sich die Sache aus, wenn in einer Familie die erwachsene Tochter einen Beruf ergriffen hat, bei dem sie unter den heutigen Entlohnungsverhältnissen immerhin aus ihrem Verdienst ein Scherlein zu den gesamten Haushaltungskosten beitragen kann. Nun stirbt die Mutter und es ergibt sich die Notwendigkeit für den Beamtenvater, daß die Tochter die Haushaltungsführung übernimmt und deshalb ihren Beruf aufgeben muß. In diesem Augenblick fällt erfahrungsgemäß ihr Verdienst weg und gleichzeitig wird für den Vater auch die Zahlung der Frauenaufschlag eingestellt: beides zusammen ruft in solcher Zeit gerade keine angenehmen Gefühle nach. Vielleicht läßt sich bei der Neuregelung des Befolungswesens, die demnächst wieder in Aussicht steht, eine Vermittlung dahin treffen, daß Härten der ange deuteten Art vermieden werden können. Man sollte glauben, daß hier die Gerechtigkeit eine solche Verbesserung der gesetzlichen Bestimmungen fordert.

Was der Beamte benötigt

 <p>Henninger's Gummibesohlung ist die beste u. billigste Schuhreparatur in Karlsruhe Hauptbetrieb: Kaiser-Allee 145 Haltestelle Philippstraße. ☎.177</p>	<p>BAUBUND - MÖBEL siehe Inserat in der Karlsruher Zeitung. ☎.176</p>	<p>Weißwaren für Bett-, Leib- und Tischwäsche in bekannt besten Qualitäten. Spezial-Etagen-Waschgeschäft Heinrich Hilberg, Augustastr. 7.</p>
<p>Aretz & Cie. Inhaber: A. Fackler Kaiserstraße 215 Telefon 219 Spezialhaus in Gummiwaren und Linoleum Gummischuhe, Herren- und Damen-Gummi- Mäntel, Wachstuch, Tischdecken, Läufer, Wandschoner, Linoleum, Stückware, Teppiche und Läufer, Gummi-Spielwaren.</p>	<p>Juwelen und Uhrenhaus Oscar Kirschke, Karlsruhe Kriegstr. 70 am alten Bahnhof Größtes Lager am Platze Deutsche und Schweizer Taschenuhren, moderne Salonuhren, Tisch- und Kamenuhren. „Hausuhren Musterausstellung“ Marke Lenzkirch Armbanduhren in Gold, Tula, Silber, Juwelen, Gold- und Silberwaren in märchenhafter Auswahl. Bekannt für solide Ware. Reelle Bedienung, billigste Preise.</p>	<p>Aretz & Co. Inhaber: A. Fackler Kaiserstraße 215 Telefon 219 Abteilung I: Sämtliche Gummiwaren und Krankenpflegartikel Gummikurzwaren, Damenbed., Hygienische Artikel, Herrenbed. Abteilung II: Technische Gummi- und Asbestwaren, Treib- riemenlager und Bedarfsartikel für Maschinenbetrieb. Großverkauf. Kleinverkauf.</p>
<p>Anzug-Stoffe! Unsere Preise liegen noch weit unter heutigem Dollar- stand. Gediegene Auswahl. Spezialität: Schwarz, Blau, Marengo, schwarze Paletotstoffe. ☎.174 Unaufdringliche Bedienung. Billige Schneider zu Diensten. Krause & Baltzsch, Waldstraße 11.</p>	<p>Spezialhaus in ☎.179 Herren- u. Damenkleiderstoffe Seidenstoffe Aussteuerartikel Wilh. Braunagel, Herrenstr. 7 Herrenstr. 7 zwischen Kaiserstraße und Schloßplatz.</p>	<p>Schuhwaren jeder Art, nur Qualitätsware, bietet noch preiswert an Schuh-Etagen-Geschäft Telephon 5671 — Ernst Weber — Telephon 5671 ☎ Ecke Kriegsstr. u. Bunsenstr. Straßenbahnlinie 4 u. 5.</p>
<p>Die kluge Hausfrau nimmt: Jsch Trocken-Hühner-Ei Trocken-Milch Päckchen in hiesig. Geschäften.</p>	<p>Sie kaufen sehr vorteilhaft in Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Näh- u. Maschinen-Garne bei ☎.181 A. BERGMANN, Zähringerstraße 19 im Hause Kaffee Rösterer.</p>	<p>Turn- und Tanzlust 87 volkstümliche, leicht spielbare Lieder mit Tanzweisen und anderen Tonstücken zur Begleitung von Turnübungen der Mädchen und der Knaben wie auch zur Verwendung in häuslichen und geselligen Kreisen herausgegeben von A. Göller, Hauptlehrer a. D. in Mannheim Vier., verbesserte und im Anhang nochmals vermehrte Auflage Grundzahl 4 M. (Grundzahl x Teuerungszahl des Buchhandels = Papiermarkpreis) G. Braun, Verlag, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.</p>
<p>Keine Gummiwäsche, sondern Leinen-Dauerwäsche kalt ab- waschbar in vollkommener Ausführung, schön matt und sehr angenehm im Tragen. Mustervorlage kostenlos. W. Läger & Co., Karlsruhe, Waldstr. 33</p>	<p>Machen Sie beim Einkauf von Dauerwäsche keinen Fehlgriff. Sie bekommen solche in der vollkommensten Ausführung neben allen anderen Herren-Artikeln nur Kaiserstraße Nr. 40 Achten Sie bitte genau auf die Hausnummer.</p>	<p>Confectionshaus Hirschen 95 Kaiserstraße 95 Spezialgeschäft für Herren u. Knaben Berufs-Kleidung und Wäsche</p>
<p>Möbelkaufhaus Gust. Friedrichs Markgrafenstraße 24, Ecke Kronenstraße 40 (früher Hotel Geist)</p>		
<p>Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden</p>		
<p>Gustav Herdle Nachf. Inh.: Gittingmayer & Bretschneider Telephon 1133 Karlsruhe Waldstraße 44 Stempelfabrik □ Buchdruckerei und Papierhandlung □ Imprennen-Verlag. Sämtliche Bürobedarfsartikel. □ Rasche Bedienung. Sauberste Ausführung.</p>	<p>Uniformen für Polizei- u. Gemeindebeamte, Feuerwehrcorps, Zoll- u. Finanzbeamte, Eisen- u. Straßenbahner, Feld- u. Waldhüter, sowie Berufsleistungen jed. Art Albert Hilbert, G. m. b. H., Rastatt Süddeutsche Bekleidungs-Industrie Filiale: Ludwigshafen a. Rhein, Bismarckstraße 40.</p>	<p>GLOCKENGIESSEREI GEBRÜDER BACHERT KARLSRUHE I. B. Liststr. 5. Tel. 443.</p>
<p>Vom Staatsbankrott von Dr. Carl August Fischer Zweite, wesentlich veränderte Auflage Grundpreis M. 3.80. Teuerungszahl des B. V. Ende Januar 1923: 900 (Grundpreis x Teuerungszahl = Papiermarkpreis) G. Braun, Verlag, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.</p>	<p>Wer eine Schreibmaschine kaufen will, ver- säume nicht, sich die Neuerungen der TITANIA-Schreibmaschine vorführen zu lassen. Allein- Vertretung W. Prüfer & Co. Erbprinzenstr. 4. Bürobedarf. Tel. 151 u. 1184.</p>	<p>Deutsches Lesebuch für die höheren Schulen Herausgegeben unter Mitarbeit von Chr. Caselmann u. Dr. H. Ruppel von Prof. Dr. Ernst Bender Soeben erschien Band II (Untertertia — Untersekunda) Ausgabe A (Prosa) Ausgabe B (Mit Gedichtanhang) G. Braun, Verlag, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.</p>